

Landratsamt Unterallgäu
Herr Landrat Alex Edeer
87719 Mindelheim

ANTRAG

der SPD/FDP-Kreistagsfraktion zur Auslagerung von Mitarbeitenden in den Unterallgäuer Klinikstandorten der Klinikverbund Allgäu gGmbH

Sehr geehrter Herr Landrat Eder,

die SPD/FDP Kreistagsfraktion beantragt, dass sich der Unterallgäuer Kreistag in seiner Juli-Sitzung 2021 mit dem Thema „Auslagerung von Mitarbeitenden an den beiden Klinikstandorten im Unterallgäu“ befasst. Der Kreistag möge folgendes beschließen:

„Der Kreistag Unterallgäu lehnt die mit Wirkung zum 1.8.2021 vom Aufsichtsrat der Allgäu Kliniken gGmbH beschlossene Auslagerung von Mitarbeitenden, insbesondere aus den Bereichen Küche, Bettenzentrale, Reinigung und Wäscherei an den beiden Klinikstandorten Mindelheim und Ottobeuren ab und fordert die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat auf, die entsprechenden Beschlüsse zu korrigieren und die betroffenen Mitarbeitenden weiterhin direkt bei den Kliniken zu beschäftigen sowie diese weiterhin nach TVÖD zu bezahlen.“

Wir beantragen weiter, dass die zuständige Gewerkschaftssekretärin Frau Uschi Zwick von VERDI und der Vorsitzende des Personalrates, Herr Tobias Danhart, ihre Sicht der Dinge vor dem Gremium schildern.

Zur Begründung:

Die von der Geschäftsführung der Klinikverbund Allgäu gGmbH forcierte und offenbar vom Aufsichtsrat beschlossene Auslagerung von Mitarbeitenden an den beiden Unterallgäuer Klinikstandorten Ottobeuren und Mindelheim stößt in der Arbeitnehmerschaft auf breite Kritik und wird abgelehnt. Als Grund für diese Ablehnung wird vor allem genannt, das z. T. seit langem beschäftigte durch die Auslagerung in eine Servicegesellschaft langfristig Verschlechterungen und Gehaltseinbußen drohen. Nach dem Prinzip „Ein Haus – eine Belegschaft“ wird gefordert, dass alle Mitarbeitenden auch weiterhin nach dem TVÖD bezahlt werden und direkt bei den Kliniken beschäftigt sein sollen.

Dass gerade bei den untersten Einkommensgruppen nun gespart werden soll, halten wir für moralisch verwerflich. Betriebswirtschaftliche Zwänge können wir hinter diesem Schritt nicht erkennen. Allgemein sehen wir keinerlei Zwang, der diesen Schritt notwendig machen würde.

Viele kommunale Kliniken, z. B. in Ingolstadt oder Fürth, gehen den anderen Weg und lösen ihre Servicegesellschaften wieder auf. Sie gliedern die betreffenden Mitarbeitenden wieder direkt in das Unternehmen ein. Es kann im Gegensatz zu den Ausführungen des Aufsichtsratsvorsitzenden Hans Weirather kein allgemeiner Trend bei kommunalen Kliniken zur Gründung von Servicegesellschaften erkannt werden.

Der Kreistag ist unmittelbar für die Daseinsvorsorge im stationären medizinischen Bereich innerhalb unseres Landkreises verantwortlich. Dass die operative Ausübung dieser Aufgabe an den Klinikverbund übertragen wurde entlässt den Kreistag jedoch nicht aus seiner originären Verantwortung für das hiesige Gesundheitswesen. Daher hat sich der Kreistag sachlich mit der Thematik zu befassen, um auch künftig eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung seiner Bürger sicherzustellen.

Dies gelingt nur mit motivierten Mitarbeitenden in allen Bereichen unserer Kliniken – vom Chefarzt bis zur Reinigungskraft.

36 Mitarbeitenden unserer beiden Häuser droht nun die Auslagerung und damit verbunden eine Schlechterstellung bei der Bezahlung. Nach Auskunft der Gewerkschaft VERDI bedeutet dies konkret, dass Mitarbeitende beispielsweise der Entgeltgruppe 2 künftig statt 2.850 € nur noch 2.300 € monatlich brutto verdienen. Gerade Mitarbeitende aus den unteren Gehaltsgruppen sind jedoch auf jeden Euro angewiesen. Wir sind der Auffassung, hier zu sparen ist falsch und führt zu Demotivation. Der Arbeitgeber Klinikverbund verliert zudem an Attraktivität im Wettbewerb mit anderen regionalen Arbeitgebern.

Damit sich der Kreistag eine umfassende Meinung zu der Thematik bilden und verantwortungsvoll entscheiden kann, **beantragen wir weiter**, dass die zuständige Gewerkschaftssekretärin Frau Uschi Zwick von VERDI und der Vorsitzende des Personalrates, Herr Tobias Danhart, ihre Sicht der Dinge vor dem Gremium schildern können. Leider hatte bisher im Gegensatz zur Geschäftsführung und den Aufsichtsratsvorsitzenden noch kein Arbeitnehmervertreter die Gelegenheit, im Kreistag zu sprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Ahne,
Fraktionsvorsitzender